



Die Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Hessen hat das Regionalkonzept 2015 ohne Gegenstimmen angenommen. Foto: bhe

Mehr Ressourcen für die Regionen

Immer mehr sozialpolitische Entscheidungen fallen auf der lokalen, kommunalen und regionalen Ebene. Deshalb stärkt der PARITÄTISCHE Hessen seine verbandliche haupt- und ehrenamtliche Struktur vor Ort. Das entsprechende Regionalkonzept 2015 hat die Mitgliederversammlung am 12. November 2015 ohne Gegenstimmen beschlossen.

Eine angemessene Beratung, Betreuung und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen flächen-deckend in Hessen sicherzustellen – mit diesem Ziel führt das nun beschlossene Regionalkonzept 2015 den 1990 eingeleiteten und 2002 bis 2005 weitergeführten Regionalisierungsprozess des PARITÄTISCHEN Hessen fort.

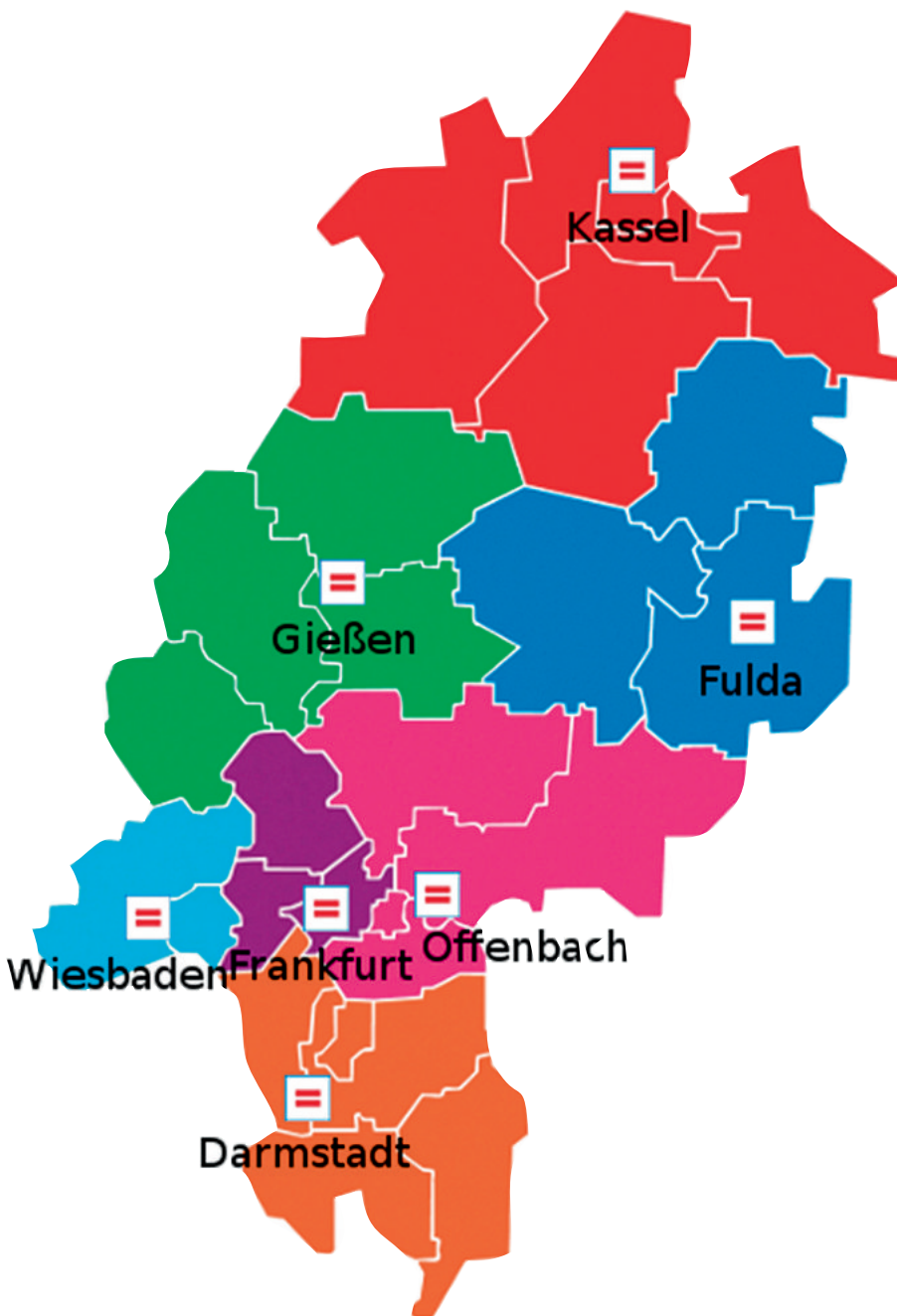
Grundlage für das Regionalkonzept 2015 sind die Ergebnisse des Prozesses „PARITÄT 2020“, den der Verband im Oktober 2013 mit einer qualitativen Mitgliederbefragung gestartet hat. Es folgten drei Fokusgruppen-Gespräche mit Mitgliedsorganisationen, Einzelinterviews mit allen Regionalgeschäfts-

führerinnen und Regionalgeschäftsführern sowie eine Online-Befragung der Kreisgruppensprecherinnen und Kreisgruppensprecher. Verbandliche Zukunftskonzepte wurden zudem bei zwei Regionalkonferenzen im Jahr 2014 diskutiert. In das Regionalkonzept 2015 flossen außerdem die Ergebnisse der Beratungen des Landesvorstands zum „Verbandlichen Zielsystem“ ein sowie die der gesonderten Vorstandsarbeitsgruppe „Regio-Konzept 2015“. Hinzu kamen interne Beratungen der hauptamtlichen Regionalgeschäftsführungen und der Fachreferate des Landesverbands.

Die Analyse- und Befragungsergebnisse bestätigten wesentliche Bestandteile

des bestehenden Kreisgruppen- und Regionalkonzepts, die daher beibehalten werden. Damit in den Regionen noch mehr Parität gelebt werden kann, sieht das Regionalkonzept vor, dass die personelle Ausstattung in den Regionen verbessert wird. Dabei werden die Ressourcen nach den folgenden drei Kriterien auf die sieben Regionalgeschäftsstellen verteilt: Anzahl der Mitgliedsorganisationen, abgedeckte Flächengröße und Anzahl der relevanten Gebietskörperschaften.

Für die Regionalgeschäftsführungen ist künftig eine Stellen-Mindestausstattung von 75 Prozent vorgesehen, bisher waren es 50 Prozent. Die Zusammenarbeit zu den Regionalgeschäftsfüh-



Sieben Regionalgeschäftsstellen hat der PARITÄTISCHE Hessen.

rungen soll zukünftig in Form einer gegenüber dem bisherigen Stand deutlich höher qualifizierten „Assistenz“ als Standard gewährleistet werden. Der Stellenumfang der „Assistenz“ liegt je nach Region zwischen 40 und 50 Prozent. Diese Aufstockung der Personalressourcen wurde bei der Mitgliederversammlung zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren beschlossen.

Das neue Regionalkonzept soll begleitend evaluiert und Mitte 2017 insge-

samt und speziell in seiner Zielsetzung und langfristigen Finanzierbarkeit überprüft werden.

Neben der Anpassung der Ressourcen in den Regionalgeschäftsstellen wird das Regionalkonzept 2015 von weiteren Leitideen getragen: Die Gremien- und Ausschussarbeit soll professionalisiert und die Fachlichkeit in den Regionen gestärkt werden. Zudem ist eine strategische Steuerung durch regionale Handlungspläne vorgesehen.

Wechsel in der Regionalgeschäftsstelle Kassel



Rosa-Maria Hamacher



Harold Becker

Rosa-Maria Hamacher ist die neue Regionalgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen in Kassel. Zuvor arbeitete die 29-jährige Diplompädagogin als Einrichtungsleiterin beim Verbund sozialpädagogische Kleingruppen – einer Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen.

Sie lebt im nordhessischen Gudensberg und folgt auf Harold Becker, der die Stelle 25 Jahre inne hatte und zum Jahreswechsel in den Ruhestand ging. Verabschiedet wurde Harold Becker bei der Fachveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der Regionalgeschäftsstelle Kassel Ende November. Redner bei der Feier waren unter anderem der Präsident des Bundessozialgerichts Peter Masuch, der Vizepäsident der Universität Kassel Professor Dr. Andreas Hänlein, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands Dr. Ulrich Schneider und der Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Hessen Dr. Wolfgang Werner. Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen, würdigte Harold Beckers unermüdlichen und außerordentlichen Einsatz für die Werte und Ziele des Verbandes.

Inklusion

Inklusion – Mode oder Menschenrecht?

Fachtagung des PARITÄTISCHEN Hessen
23. Februar 2016 in Frankfurt am Main

Spätestens seit dem Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen im Jahr 2009 in Deutschland hat sich um das Thema Inklusion eine weitverzweigte und teils sehr kontroverse Debatte entfaltet. Im Mittelpunkt steht hierbei das menschenrechtsbasierte Ideal einer Gesellschaft, die allen Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe verspricht.

Handelt es sich bei dieser Debatte um eine modische Erscheinung, mit welcher man sich in politischen Kontext gerne zu schmücken versucht? Oder hat die Behindertenrechtskonvention tatsächlich einen Prozess in Gang gesetzt, der die Lebensbedingungen und Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung perspektivisch verbessern wird? Um diese Fragen geht es bei der Fachtagung am 23. Februar 2016 in Frankfurt.

Mit dieser Veranstaltung schließt der PARITÄTISCHE Hessen nach vier Jahren sein Schwerpunktthema „Inklusion und Barrierefreiheit“ ab. Dabei war es sein Anliegen, Mitgliedsorganisationen für das Thema Inklusion zu sensibilisieren und sie auf dem Weg hin zu mehr Barrierefreiheit zu unterstützen und konstruktiv zu begleiten.

Inklusionspreis wird verliehen

Die Fachtagung bietet eine kritische Bestandsaufnahme der geführten Debatten und der dadurch initiierten Wandlungsprozesse. Sie widmet sich drei der Lebensbereiche, die zentral für eine gelingende Inklusion sind: Arbeit, Bildung und Freizeit. Neben einem Streitgespräch zu den Perspektiven eines inklusiven Arbeitsmarktes und den Chancen und Risiken schulischer Inklusion stehen Darbietungen aus

dem Bereich inklusiver Freizeitgestaltung auf dem Programm. Zudem lenkt die Fachtagung die Aufmerksamkeit auf Projekte und Initiativen von Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen, welche Inklusion in ihrem täglichen Leben und Arbeiten bereits erfolgreich verwirklichen. Am Nachmittag wird der vom PARITÄTISCHEN Hessen ausgelobte Inklus-

sionspreis verliehen. Hierbei schlüpfen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung in die Rolle der Jury und entscheiden nach der Präsentation der drei ausgewählten Initiativen über die Preisvergabe.

Informationen und Anmeldung zur Fachtagung:

www.paritaet-hessen.org/inklusionstagung

Inhouse-Seminare

Die Paritätische Akademie Süd gestaltet die organisatorische und inhaltliche Umsetzung

Das Führen sozialer Einrichtungen ist einem Wandel durch ständig veränderte Rahmenbedingungen unterzogen. Dazu gehören beispielsweise die demografische Entwicklung, der Kosten- und Haushaltsdruck oder auch erhöhte Qualitätsanforderungen. Dieser Wandel stellt die Einrichtungen vor verschiedene Herausforderungen: Anpassung von effizienten Arbeitsprozessen und Strukturen, ein zukunftsorientiertes Personalmanagement oder auch technologische Entwicklungen spielen unter anderem eine große Rolle. Damit soziale Einrichtungen in der Komplexität und Vielschichtigkeit der heutigen Arbeitswelt bestehen können, benötigen diese zunehmend Unterstützung, die

über die klassische Fort- und Weiterbildung (Seminare und Kurse) hinausgeht. Die Paritätische Akademie Süd bietet ihnen auf ihre Situation individuell zugeschnittene Formate in Form von Beratung, Begleitung und maßgeschneiderten Inhouse-Seminaren.

Kontakt:

Beatrice Schüll
Paritätische Akademie Süd gGmbH
Tel.: 07961 959 280
schuell@akademiesued.org
www.akademiesued.org



Infos zum Thema „Frauen mit Behinderungen“

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB) ist nun auch auf Facebook vertreten und hat zudem eine neue Internetseite. Interessierte finden so online regelmäßig Neuigkeiten rund um das Thema „Frauen mit Behinderung“.

Das HKFB leistet seit 1993 politische Lobbyarbeit für die rund 300.000 Frauen mit Behinderung, die in Hessen leben.

Außerdem bietet es Beratung für Frauen mit Behinderung und deren Angehörige, Fachkräftefortbildungen, Vernetzungen von Selbsthilfeaktivitäten und Maßnahmen zur Gewaltprävention an. Der PARITÄTISCHE Hessen ist seit Anfang 2015 Träger des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung, das vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gefördert wird. www.hkfb.de

TTIP, EU-Recht und die Folgen

Ist die Freie Wohlfahrtspflege ein Auslaufmodell? Diese Frage wurde bei der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Hessen am 12. November 2015 in Bad Nauheim diskutiert. Zu Gast waren Professor Stefan Sell von der Hochschule Koblenz und Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

„Sollte man auf Dauer unter dem Segel der Gemeinnützigkeit fahren?“, fragte Professor Stefan Sell und antwortete zugleich durchaus provokant: „Die freie Wohlfahrtspflege klammert sich an scheinbare Besitzstände.“ Er plädierte für einen „marktwirtschaftlichen Ansatz“ in der Sozialen Arbeit. Denn der Staat habe die Grundlagen der Gemeinnützigkeit längst „einseitig aufgekündigt“, begründete der Sozialwissenschaftler, der an der Hochschule Koblenz lehrt. Seit den 1990er Jahren habe sich ein Systemwechsel vollzogen, hin zu „mehr Wettbewerb, mehr Markt“. Besonders massiv zeige sich dies in der Ausschreibungspraxis im SGB II-Bereich und im Pflegebereich in der Konkurrenz zu privat-gewerblichen Anbietern. Doch gebe es aufgrund des „Nachfrage-Monopols“ der Leistungsträger im Sozialen „keine echten Märkte, sondern hochregulierte Quasimärkte“, so Sell: „Die Anbieter haben das bitter zu spüren bekommen.“

Im Dialog auf dem Podium, den Niklas Kramer moderierte, stellte Sell die These auf, dass die Träger vor diesem Hintergrund vom Gemeinnützigkeitssystem nicht mehr profitieren, sondern dass es ihnen im Gegenteil eher im Wege steht.

Niedrige Margen auf dem Sozialmarkt

In der Debatte, zu der rund 150 Zuhörerinnen und Zuhörer gekommen waren, ging es auch um die Bedeutung des Freihandelsabkommens TTIP für den sozialen Bereich. TTIP sei „ungeheuer intransparent“, kritisierte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands: „Nichts Genaues weiß man nicht.“ Der Investorenschutz spiele bei TTIP eine große Rolle und könne beispielsweise dazu führen, dass eine amerikanische Krankenhaus-Kette gegen die Krankenhaus-Bedarfsplanung in Deutschland vorgeht. Einig war sich Hesse jedoch mit Sell in der Einschätzung, dass internationale Investoren kaum auf den deutschen Sozialmarkt drängen dürften. Denn die Gewinn-



Diskutierten bei der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Hessen auf dem Podium: Professor Stefan Sell, Moderator Niklas Kramer und Werner Hesse (v. lks). Foto: bhe

Margen seien in diesem Bereich niedrig und für den internationalen Kapitalmarkt daher eher uninteressant.

„Keine große Sorge“ hat Werner Hesse mit Blick auf die Folgen des EU-Rechts auf die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland. Die EU-Kommission habe erst kürzlich klargestellt, dass die Gemeinnützigkeit „keine EU-widrige Beihilfe“ sei. Es sei allerdings noch offen, ob auf diese Entscheidung ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof folgen werde. In der Daseinsvorsorge lassen die EU-Institutionen laut Hesse große nationale Gestaltungsspielräume, „entscheidende Akteure sind hier nach wie vor die nationalen Regierungen“. Der Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands kritisierte den „Scheinwettbewerb“, der in Deutschland im sozialen Bereich bestehe und forderte: „Vernünftige Rahmenbedingung müssen im Dialog mit der Politik gefunden werden.“

Werte deutlich machen

„Die Finanzämter gucken immer genauer hin“, benannte Hesse ein weiteres Thema,

das soziale Einrichtungen zunehmend beschäftigt: „Angebote, die an der Grenze zum Gewerblichen liegen, haben damit Probleme“, etwa Arbeitsprojekte in der Gastronomie. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, „dass wir unsere Besonderheit, unseren Wert für die Gesellschaft deutlich machen“.

Das Finanzamt Frankfurt habe jüngst zwei Vereinen die Gemeinnützigkeit aberkannt, mit der Begründung, ihre Arbeit sei „zu politisch und nicht neutral“, so Professor Sell. Betroffen waren die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation Attac und der Verein Doña Carmen, der sich für die sozialen und politischen Rechte von Frauen einsetzt, die in der Prostitution arbeiten. In diesen Entscheidungen des Frankfurter Finanzamts sieht Sell „eine große Gefahr“, der sich seiner Ansicht nach die Wohlfahrtsverbände stellen müssen, da deren sozialanwaltschaftliche Interessenvertretungsfunktion zutiefst politisch sei.

Barbara Helfrich